

Tabak-Arbeiter

Nr. 35 / Bremen, den 30. August 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40, ohne Beierlohn. — Anzeigenpreis 50 A für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abends. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. — Druck: Bremer Buchdruckerlei und Verlagsanstalt S. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20 1/2, Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine m. B., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Beienbindehof 57, Zimmer Nr. 24

An die proletarischen Frauen und Mädchen!

Der 14. September 1930 wird zu einem Schicksalstag für die deutsche Arbeiterklasse werden. An diesem Tage wird das deutsche Volk entscheiden, welchen Kurs die Reichspolitik in nächster Zukunft zu steuern hat. Zwei Wege stehen nur offen: Einmal besteht die Möglichkeit einer Reichspolitik gegen und zu Lasten des schaffenden Volkes und für Sicherung und Steigerung des Reichtums und der hohen Einkommen der Kapitalisten. Zum andern ist es möglich, eine Politik zu erzwingen, die auf den Schutz und die Besserstellung des Arbeiterstandes gerichtet ist und den Besitz zur Tragung der sozialen und öffentlichen Lasten (Steuern) heranzieht. Wir sagen: das deutsche Volk wird am 14. September 1930 hierüber entscheiden. Da drängt sich die Frage auf: Wie wird denn wohl diese Entscheidung ausfallen?

Wenn irgendein Fremder aus einem fremden Erdteil zu uns käme und wir ihm diese Frage stellen würden, dann käme er uns sicher mit der Gegenfrage: Wieviel Arbeiter und wieviel Besitzende gibt es denn in Deutschland? Wir müßten ihm zur Antwort geben, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes aus Angehörigen der Arbeiterklasse besteht. Was dieser Fremde dann sagen würde? Er würde 1000 gegen 1 wetten, daß das deutsche Volk sich am 14. September bestimmt für eine Politik entscheiden wird, die auf den Schutz und die Besserstellung des Arbeiterstandes gerichtet ist und den Besitz zur Tragung der sozialen und öffentlichen Lasten (Steuern) heranzieht. Würde er die Wette gewinnen?

Rein vernunftgemäß müßte man mit ja antworten. Man sollte nämlich tatsächlich nicht glauben können, daß das arbeitende Volk gegen sich selbst entscheidet. Wir sagen: man „sollte“ das nicht glauben können. Leider aber lehrt die Erfahrung etwas anderes. In den letzten 10 Jahren hat das deutsche Volk schon öfter Gelegenheit gehabt, die Politik durch den Stimmzettel zu bestimmen. Noch nie aber hat sich bisher eine Mehrheit des Volkes für eine reine Arbeiterpolitik entschieden. Die Mehrheit der Stimmen fiel immer auf die bürgerlichen Parteien, die vornehmlich eine Politik zugunsten des Besitzes betreiben. Worauf beruht diese an sich ungläubliche Tatsache?

Sie beruht auf der Unkenntnis, mit der große Teile des schaffenden Volkes dem wahren Charakter der bürgerlichen Parteien gegenüberstehen. Insbesondere sind es große Massen von Arbeiterfrauen und wahlberechtigten Arbeiteröchtern, die ihre Stimmen bei den Parlamentswahlen nicht für ihre — die Arbeiterpartei —, sondern für irgendeine bürgerliche Partei in die Wahlurne werfen. Das geschieht in den allermeisten Fällen aus reinen Gefühlsmomenten heraus. Die Frauen urteilen ja überhaupt mehr gefühls- als verstandsmäßig. Das ist bei der proletarischen Hausfrau und Tochter in noch stärkerem Maße der Fall, als bei ihren Geschlechtsgenossinnen in den höheren Gesellschaftsschichten. Sie sieht zu allermeist nur den formalen Verwaltungsdienst im politischen Leben. Der große gigantische Kampf um die jeweilige Verwaltungsordnung und die Bestimmungen und Gesetze, nach denen sich die Verwaltung zu vollziehen hat, ist ihr noch ziemlich fremd. Woran liegt das?

In der Hauptsache daran, daß die Frauen erst nach dem Weltkrieg ihre politische Mündigkeit und Gleichberechtigung erhielten. Sie müssen sich erst in die Politik „einarbeiten“. Und hier müssen alle, die sich schon ein klares Blickfeld geschaffen haben, mithelfen, um ihre proletarischen Schwestern auf das Gebot der Stunde bei der bevorstehenden Stimmabgabe aufmerksam zu machen.

Die kommende Wahlentscheidung am 14. September berührt die proletarische Hausfrau vielleicht am nächsten. Große Gefahr

besteht für die soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt der arbeitenden Klasse und damit für deren Wohlergehen in dem engen Lebenskreise, dem die Hausfrau vorsteht und der bestimmt wird von dem Arbeitereinkommen aus Lohn, Unfall- oder Krankenteilrente bzw. Erwerbslosenunterstützung.

Bei den Wahlen am 14. September wird buchstäblich über die Höhe dieses Arbeitereinkommens in der nächsten Zukunft mitentschieden. In dem Streit über Erhöhung oder Abbau dieses Arbeitereinkommens ist der letzte Reichstag auseinandergebrochen. Auf der einen Seite standen sämtliche bürgerlichen Parteien, die einen Abbau dieses Arbeitereinkommens durchsetzen wollten. Auf der anderen Seite stand die Sozialdemokratie, die ihr ganze Macht aufbot zur Abwehr solcher Politik. Die Abwehr ist ihr mit knapper Not geglückt. Der Reichstag wurde infolgedessen aufgelöst. Wozu?

Nun, da gibt es überhaupt nur eine Erklärung: um endlich eine sichere bürgerliche Mehrheit zu finden, mit der man gegen die Sozialdemokratie die Arbeitereinkommen, also das Haushaltsgeld der proletarischen Hausfrau, schmälern kann, um den Besitz zu schonen. Das ist, vom Standpunkte der bürgerlichen Parteien gesehen, die eintzige Ursache, weshalb der Reichstag aufgelöst wurde, um einen neuen zu wählen. Wäre das nicht die Ursache, dann hätte man den Reichstag gar nicht aufzulösen brauchen, da ja die Sozialdemokratie bereit war, unter Schonung der Arbeiterschaft für den Staat die notwendigen Verwaltungsgelder mitzubewilligen.

Das also ist es, was heute und für die kommende Wahl am 14. September jede Arbeiterfrau und wahlberechtigte Arbeiterochter wissen muß. Und das ist es, was jede proletarische Frau ihre proletarische Schwester in diesen Tagen lehren muß. Jede Arbeiterfrau ist verpflichtet, über diese Frage mit all ihren Bekannten, Freundinnen, Nachbarinnen und Angehörigen eingehend zu reden. Es geht also diesmal nicht nur um die Frage, ob die Sozialdemokratie Mandate gewinnt oder verliert, sondern um die einfache Frage, ob die Sozialdemokratie stark genug ins Parlament einzieht, um den geplanten Anschlag auf das Arbeitereinkommen endgültig abzuwehren. Das ist es ja auch, weshalb die freien Gewerkschaften so offen für die Sozialdemokratie eintreten in diesem Wahlkampf. Sie tun das nicht, um der Sozialdemokratischen Partei einen Gefallen zu erweisen, sondern aus dem einfachen Grunde, weil nur eine starke Sozialdemokratische Partei allein die Gewähr dafür bietet, daß die Angriffe des Unternehmertums auf die Arbeiter, die bisher an der Macht der Gewerkschaften zerfielen, jetzt oder nach dem 14. September, nicht über die Politik und Gesetzgebung zum Erfolge gelangen.

Auch wir rufen deshalb alle unsere Berufszugehörigen, wozu wir die ganze Familie unserer Mitglieder rechnen, ganz besonders aber die Hausfrauen und Töchter, auf, sich bei der Abstimmung auf unsere Seite zu stellen und nicht ihre Stimmen irgendeiner bürgerlichen Partei zu geben. Wer das erstere nicht, oder gar das letztere täte, der würde mit seiner Stimmabgabe nicht nur für die Gegner der Arbeiterschaft, sondern für Lohnabbau, für Abbau der Renten, für Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung und für Schonung des Besitzes stimmen. Deshalb, proletarische Hausfrau und Tochter, wenn du das nicht willst, dann sollst du nicht nur, sondern dann mußt du diesmal für die Partei stimmen, die allein im Parlament die Forderungen der freigewerkschaftlichen Arbeiter vertritt, also:

Für die Sozialdemokratie!

Für die Liste 1!



Verbandsleben



Warum Jugendschulung und wie gestalten wir diese?

Von A. Durban (Gießen)

Wohl schon längst haben die Gewerkschaften erkannt, daß ihr Nachwuchs einer anderen Schulung bedarf, als dies früher der Fall war. Die wirtschaftlichen und politischen Erfordernisse der heutigen Zeit sind so vielgestaltig, daß die Jugend ohne Anleitung nie so richtig in sie hineinwachsen wird, oder sich in sie hineinfinden kann. Vielsach erkennt die Jugend nicht einmal den eigentlichen, idealen Sinn und Zweck der Gewerkschaften. Sie sind nun einmal da und, weil sie für eine bessere Gestaltung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft eintreten, gehört man ihnen eben an. Weiter nichts! Aus welchen Ursachen heraus die Gewerkschaften entstanden sind, welche Endziele sie verfolgen und warum nur eine Gewerkschaft, in der alle Berufsangehörigen zusammengefaßt sind, diese Endziele erreichen kann, darüber zerbricht sich die Jugend nicht so leicht den Kopf.

Hier müssen wir nun einsehen! Die Schulungsarbeit unter den Jugendlichen muß von dem Grundgedanken geleitet sein, daß die Jugend erst einmal mit dem Wesen der Gewerkschaften vertraut gemacht wird. Hierzu sind kurze geschichtliche Rückblicke auf die Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat erforderlich, mit dem Hinweis, daß die fortschreitende Industrialisierung auf der einen Seite riesige Kapitalanhäufung bei den Arbeitgebern, und auf der anderen Seite ansteigende Proletarisierung bei den Arbeitnehmern zur Folge hatte. Daß die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Profit und Lohn, sich ins Unermeßliche ausgedehnt hätte, wenn nicht aus diesen Ursachen heraus die Gewerkschaften entstanden wären und der fortschreitenden Verarmung der Arbeiterschaft machtvoll Einhalt geboten hätten. Der Jugend muß klargemacht werden, daß der Arbeitnehmer nur im Zeitalter des Sozialismus, der Gemeinwirtschaft, zum wirklich gleichberechtigten Glied der menschlichen Gesellschaft werden kann. Sie muß erkennen, daß der uns aufgebrachte Klassenkampf nur mit solchen Menschen siegreich beendet werden kann, die von der, den Gewerkschaften innewohnenden Idee fest überzeugt sind. Die Jugendlichen müssen also zu überzeugten, treuen Mitkämpfern herangebildet werden.

Wie können wir dies nun erreichen?

Sicherlich nicht dadurch, daß wir die Jugend sich selbst überlassen. Haben wir nicht an sich schon eine Sünde an uns selbst begangen, dadurch, daß wir erst reichlich spät die Wichtigkeit einer richtigen Schulung und Erziehung des gewerkschaftlichen Nachwuchses erkannt haben? Die meisten Gewerkschaften sind schon seit längerer Zeit zur systematischen Schulung ihrer Berufsjugend übergegangen. Ihnen war dies dadurch leichter gemacht, daß sie eine ausgesprochene Berufsjugend, nämlich Lehrlinge mit festem Lehrvertrag, haben. Ferner haben die übrigen Gewerkschaften ihre Berufsjugend wohl mehr an größeren Orten und Städten beisammen, so daß sie bedeutend besser erfaßt werden kann als bei uns, wo sich die Industrie (hauptsächlich die Zigarettenherstellung) fast ausschließlich auf das flache Land verlegt hat. Dazu kommt noch, daß bei unserer Berufsjugend von einem eigentlichen Lehrverhältnis mit festem Lehrvertrag nur in den wenigsten Fällen gesprochen werden kann. In Frage kommt nur eine kurze Lehr- bzw. Anlernzeit. Unsere Berufsjugend gilt also schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit als vollwertige Fachkraft und wird im Tarif- und Arbeitsverhältnis genau wie die Erwachsenen erfaßt. Dadurch fühlen sich die Jugendlichen erwachsen, vergessen dabei jedoch, daß das eigentliche Ringen um die wirtschaftliche Existenz jetzt erst beginnt. Es sind bei uns also keine eigentlichen Grenzen zwischen jugendlichen und erwachsenen Berufsangehörigen gezogen.

Trotz alledem dürfen wir uns keine Mühe verdrießen lassen, die Schulung unserer jugendlichen Verbandsmitglieder durchzuführen. Für diese Schulungsarbeit können gerade in unserer Industrie keine allgemein gültigen Richtlinien aufgestellt werden. Es sind nur einige wesentliche Hauptmomente, die man als Norm anwenden könnte. Das Weitere muß jeder, der sich zu solcher Arbeit berufen fühlt, selbst herausfinden. Als grundlegende Normen könnten beispielsweise gelten:

a) Aufklärung über die Struktur der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung;

b) Aufzeigen der Unterschiede zwischen der gegenwärtigen privaten Profitwirtschaft und der von uns erstrebten Gemeinwirtschaft;

c) Hinweise darauf, daß die Gewerkschaften als Gegenpol gegenüber dem anwachsenden Kapitalismus eine zwingende Notwendigkeit sind, um die Lohnarbeiter nicht wehrlos dem ausbeutenden Kapitalismus auszuliefern;

d) Bekanntmachen der Jugend mit der hohen Idee des Sozialismus, damit wir im gegebenen Augenblick Menschen haben, die das privatkapitalistische System in ein gemeinwirtschaftliches überführen können, ohne daß größere Komplikationen in der Produktion usw. eintreten;

e) Aufklärung der Jugend in allen Fragen des sozialen Rechts und Arbeitsrechts, Tarifwesen, Arbeitsschutz, Versicherungswesen usw.

f) Selbstverständlichkeit ist, daß die Jugend auch mit dem Wesen des eigenen Berufes aufs beste vertraut gemacht wird.

Es wäre natürlich grundverkehrt, die Jugend mit Bildungstoff aus diesen Gebieten allein zu überlasten, da sie diese Materien als ziemlich trocken betrachten wird, wenn der Bildende es nicht versteht, der Materie Leben einzuhauchen. Jugendabende also nur mit einem Vortrag über eines dieser Gebiete allein auszufüllen, wäre das Schlimmste, was man unserer Jugend antun könnte. Bildungstoffe aus anderen Gebieten wären also mit in den Arbeitsplan einzusetzen. Und da gibt es eine ganze Menge dankbares Material, das unserer Jugend sicher Freude machen wird. Ich verweise nur auf das Gebiet der Naturwissenschaften (aber beileibe nicht als „Gelehrter“ auftreten), der Landschaftskunde (allein dieses Gebiet ist tausendfältig und sehr dankbar), Menschenkunde, Körperkultur u. v. a. Die Jugendabende können ausgestaltet werden durch Referate, Diskussionsstunden, Lichtbilder- oder Filmvorträge, ferner sind Wanderungen, belehrende Exkursionen, Ferienfahrten, sowie Gesellschaftsspiele, Volks- oder Reigentänze usw. sehr dankbare Stoffe. Das gemeinsame Lesen von guten literarischen Werken, Einüben von Sprechchören usw. finden bei der Jugend immer dankbare Aufnahme. Dabei wollen wir nicht vergessen, der Jugend die Möglichkeit zu größeren Zusammenkünften über die Grenzen der einzelnen Orte hinaus zu bieten, damit sie sich gegenseitig kennenlernen. Dadurch wird der Geist der Solidarität gepflegt und die Jugend wird es uns Dank wissen.

Wir haben beispielsweise die zu unserem Zahlstellenbereich zählende Jugend unter 18 Jahren, mit etwa 220 an der Zahl, in örtliche Sektionen eingeteilt, für die jeweils ein Sektionsobmann bestimmt ist. Diese Obleute bilden wiederum den Jugendbeirat, der dazu berufen ist, den Kontakt mit der Ortsverwaltung aufrechtzuerhalten. Dem Jugendbeirat steht eine Jugendleiterin vor, die ihre Instruktionen von der Ortsverwaltung erhält. Der Jugendbeirat bestimmt sich seinen Arbeitsplan unter Mitwirkung und Genehmigung der Ortsverwaltung selbst. In diesem Arbeitsplan sind für die Monate Oktober bis einschließlich März je 2 Jugendabende pro Sektion vorgesehen. Der erste Abend pro Monat sieht eine Stunde für einen Lichtbildervortrag über irgendein allgemeines Wissensgebiet vor, die zweite Stunde wird ausgefüllt mit einem Vortrag oder einer Diskussion über gewerkschaftliche, wirtschaftliche, arbeitsrechtliche oder andere ähnliche Fragen, die letzte Stunde ist jeweils der Unterhaltung bzw. Gesellschaftsspielen vorbehalten. Der zweite Jugendabend im Monat ist, da bei uns fast nur weibliche Jugend in Frage kommt, ausschließlich für weibliche Handarbeiten bestimmt. Die Jugendabende sind natürlich durch erwachsene Kollegen oder Kolleginnen zu übernehmen. Bei uns geschieht das bei dem ersten Jugendabend im Monat nach Möglichkeit durch mich selbst, der Handarbeitsabend wird durch eine Kollegin oder Genossin überwacht, die den Teilnehmern auch Anleitung bei den Handarbeiten geben kann. Die Ueberwachung aller Jugendabende darf sich allerdings nicht als Fessel zeigen. Die Jugend muß durch ein zwar unsichtbares, aber festes Band geleitet werden. Die Jugend soll sich auch selbst erziehen; denn erst wenn man ihr die Möglichkeit hierzu gibt, wird bei ihr Selbständigkeit und Zielbewußtsein geweckt!

Und nun noch ein Wort zur Personenfrage derjenigen, die sich mit Jugendberziehung abgeben sollen. Nehmt vor allem keine Menschen, die sich selbst im Wege sind und mit ihrer griesgrämigen Natur nicht nur sich selbst, sondern auch andern das Leben verbittern! Auch nicht solche, die allzu abstrakte Begriffe von unserer heutigen Wirtschaftsordnung haben; also keine Wirtschafts- und Bewegungsfanatiker. Sie verderben durch ihren Fanatismus oft mehr, als sie gutmachen! Die Jugend soll wirtschaftlich, gewerkschaftlich und gesellschaftlich denken, fühlen und auch handeln lernen. Sie will aber auch Frohsinn und Unterhaltung haben. Nehmt deshalb Menschen, die mit der Jugend fühlen, sich mit ihr freuen können, Menschen, die neben einem recht jugendlichen Herzen auch einen gereiften Verstand besitzen. An solche Menschen wird sich die Jugend recht rasch mit einer gewissen Wärme anschließen und sich solcher Leitung willig fügen unter voller Wahrung der Führer-Autorität! Vor allen Dingen muß ein Jugendführer anpassungsfähig sein und genügend Einfühlungsvermögen besitzen, um die seelischen und geistigen Vorgänge in dem ihm anvertrauten jungen Menschen zu erkennen.

Wenn ihr solche Menschen besitzt, die unserer Jugend das nötige geistige und seelische Rüstzeug für den Lebenskampf vermitteln können, dann — schafft Jugendgruppen! Es ist eine schwierige, aber herrliche Aufgabe, unsere Tabakarbeiterjugend zu überzeugten Mitkämpfern zu erziehen. Aber eine richtige Jugendschulung wird sich auswirken zur Kräftigung unseres Verbandes und damit im Interesse nicht nur einer besseren Schicksalsgestaltung der Tabakarbeiterschaft allein, sondern der gesamten Arbeitnehmerschaft überhaupt liegen! Und nun ans Werk!

Unser die Zukunft!

„Als wir jüngst in Frankfurt waren . . .“

Der Bezirksausschuß Frankfurt a. M. des ADGB. hatte zum Jugentag für Hessen und Hessen-Nassau auf den 16. und 17. August nach Frankfurt ausgerufen. Es sollte Heerzau über die Gewerkschaftsjugend gehalten werden. Da durften auch unsere Tabakmädels nicht fehlen. Mit frohem Sinn wurden die Vorbereitungen zur Frankfurt-Fahrt durchgeführt. Alles klappte, nur der Wettergott schien uns ungnädig zu sein. Noch am Sonnabend, dem Abfahrtstag, gingen schwere, regendrohende Wolken über uns. Aber richtiger Jugendfrohsinn läßt sich die Laune nicht verderben, und als wir in Frankfurt landeten, lugte Frau Sonne durch die Wolken. Das Wetter blieb gut! Wir hatten die Sonne in uns und um uns mitgebracht!

Im Standquartier restaurierten wir uns etwas und erhielten dort auch die Quartierkarten. Hallo! Wir kommen in das neue „Haus der Jugend“, also ein sehr annehmbares Quartier! Auf dem Römerberg Aufstellung des Fackelzuges. Aus allen Winkeln und Gassen quollen die jugendlichen Marschkolonnen unter Sang und Klang zum Sammelpunkt! Unzählige Fahnen und Wimpel über leuchtenden, frohen Gesichtern! Goldene Jugend! Und trotzdem ernst, der wichtigen Stunde sich bewußt!

Da — ein Signal! Im Nu flatterten etwa 6000 hell lodernde Fackeln an den ernst und ehrwürdig dreinschauenden Patrizierhäusern um den Römer empör in die schweigende Nacht! Wie ein Symbol des nach Freiheit drängenden Lebenswillens der Jugend war dieses Flammenmeer! Hoch flatterten die roten Fahnen und Wimpel über uns im Windel Tausende und aber Tausende Zuschauer flankierten die Straßen, die wir in endloser Reihe, eine leuchtende Feuerschlange, aber in größter Ordnung, passierten. Die Gewerkschaftsjugend war auf dem Marsch aus der Nacht in den goldenen Morgen der Freiheit! Ein erhebender Anblick! Begeisterte Hochrufe auf die Gewerkschaftsbewegung fanden ein vieltausendstimmiges Echo!

Auf der Ostparkwiese Feuerrede des Genossen Döring, der zur Solidarität im Abwehrkampf der Gewerkschaften gegen die von den Unternehmern auf die gewerkschaftlichen Errungenschaften gerichteten Angriffe aufforderte. Seine zündenden Worte drangen in die Tausende junger Herzen, wurden dort zum Gelohnis! Und dann ging es zum Quartier, der Weg schien endlos lang bis zum Haus der Jugend! Aber trotz aller Müdigkeit unserer Mädels haben wir es geschafft, und wie köstlich war die Ruhe in der wirklich schönen Herberge!

In recht munterer Laune wurde am Sonntagmorgen das Frühstück verzehrt. Hernach zum Schumann-Theater zwecks Teilnahme an der Kundgebung, an der sich wohl etwa 8000 junge Menschen beteiligt haben. Unter den Klängen des Sozialistenmarsches formierten sich die Fahnenabteilungen rechts und links der Bühne. Kollege Gröhner (Frankfurt) sprach herzliche Begrüßungsworte mit der Parole: Unser die Welt — trotz alledem! Dann folgte die Aufführung des Kriegsstückes „Die andere Seite“. Wohl in jedem jugendlichen Herzen hat sich der Abscheu vor den Greueln des Krieges festgesetzt, wenn man dieses Stück gesehen, gehört, nein — miterlebt hat! Nur ein Wille konnte noch vorhanden sein: Nie wieder Krieg!

Im Namen des Bundesvorstandes und der 5 Millionen Mitglieder des ADGB. überbrachte Genosse Eggert (Berlin) herzliche Grüße. Seine tief durchdachten Worte gipfelten in dem Wunsch: Der Idealismus der Jugend und die Erfahrungen des Alters sollen unserem Kampfe Schwungkraft und Sicherheit geben: für Gerechtigkeit, für Freiheit und Frieden! Der gemeinsame Gesang der Internationale beschloß die machtvolle, in bester Ordnung verlaufene Kundgebung.

Es war ein herrliches, großes Erleben! Nachhaltige Eindrücke bleiben wohl in jedem Herzen haften. Wir freuen uns, daß wir dabei sein durften! Und wir geloben uns, im Sinne des in Frankfurt Gesehenen und Gehörten weiterzuarbeiten an der Erstarkung unseres Tabakarbeiter-Verbandes, damit wir auch denen, die nicht dabei sein konnten, tatkräftig mitteilen können im Kampfe um Freude, Friede und Brot! Wir danken allen denen, die uns die Teilnahme an einem solch herrlichen Erlebnis ermöglichten, von ganzem Herzen! Nicht wahr, ihr Tabakmädels? Und wenn es wieder gilt, dann sind wir wieder zur Stelle! Unser die Welt — trotz alledem!

Gau- und Zahlstellenberichte

Frankenberg. Mitgliederversammlung vom 12. August im Gewerkschaftsheim. Gauleiter C l e m e n t referierte in der gut besuchten Versammlung über die gegenwärtige Lage im Tabakgewerbe. Redner behandelte in klaren Ausführungen die Einführung von Maschinen in der Zigarrenindustrie, sowie die schädigende Lohnpolitik der Unternehmer. Als ein Vergehen gegen die Gesamtwirtschaft und gegen die Gesamtbevölkerung kennzeichnete Redner die Einstellung der Arbeitgeber und Schiedsinstanzen, welche glauben, durch Reduzierung der Löhne die deutsche Wirtschaftslage zu heben. Sie stellen nicht in Rechnung, daß bei der großen Arbeitslosigkeit eine Herabsetzung der Löhne die Kaufkraft noch mehr unterbindet und für die allgemeine Wirtschaftslage sich katastrophal auswirken muß. Ferner schilderte Redner, daß auch in den Reihen des R. d. Z. Stimmen laut werden, die am 1. Oktober in Kraft tretende 2prozentige Lohnerhöhung für die Zigarrenindustrie illusorisch zu machen. Auf die Frankengerger Verhältnisse eingehend, berichtete Kollege C l e m e n t, daß hier bereits ein Lohnstreit mit der Firma Buchheim & Richter wegen Reduzierung der Stundenlöhne um 3,5 Pf. besteht, welcher noch seiner Erledigung bedarf. Ferner kritisierte Redner den Beschluß der Zigarrenfabrikanten von Frankenberg, daß dieselben den Kollegen Fischer nicht mehr als Organisationsvertreter anerkennen und mit demselben jede schriftliche sowie mündliche Verhandlung ablehnen wollen. Kollege F i s c h e r gab hierauf Bericht über Streitigkeiten in Lohn- und Arbeitsverhältnissen am Ort. Sehr viel Anlaß zu Differenzen gab der jetzige Mitinhaber der Firma Lungwitz Nachf., Herr Ernst Deter. Während mit dem früheren Inhaber dieser Firma, Herrn Otto Mendel, nie Streitigkeiten zu verzeichnen waren, gab Herr Deter in der kurzen Zeit, die er in Frankenberg ist, mehrmals Veranlassung zum Eingreifen der Organisation. Kurz nach Eintritt in die Firma beilegte Herr Deter bestehende Ueberlöhne für Koller und Widelmacher. Die ab 1. Juli 1929 zu zahlende Lohnerhöhung von 3. v. H. wurde den Zeitlohnarbeitern verweigert. Ein Zeitlohnarbeiter, welcher 35,00 M. Wochenlohn erhielt, wurde laut Arbeitsgerichtsurteil zu Unrecht entlassen und die Firma mußte diesem Arbeiter 12 Wochen Lohn und pro Woche 24 Rauchzigarren zahlen. Für den 15. Mai waren 8 Arbeiterinnen gekündigt, welche durch Verhandlung des Betriebsrates und des Kollegen Fischer mit Herrn Mendel (Mitinhaber der Firma) dem Betrieb erhalten blieben. Eine von Herrn Deter beim hiesigen Schützenfest gehaltene Rede, worin er von Sorgen um die Arbeiterschaft sprach, gab Kollegen Fischer Veranlassung, in der Zeitung, worin die Rede veröffentlicht wurde, ein Inserat aufzugeben, welches die Sorge des Herrn Deter um die Arbeiterschaft anders beleuchtete. Diesen Vorgang glauben die hiesigen Zigarrenfabrikanten zu benutzen, um den Kollegen Fischer in der Ausübung seiner Funktion zu hindern. Die Versammlung beschloß einstimmig, nachstehende Entschliebung im „Frankenberger Tageblatt“ zu inserieren:

Die am 12. August im Gewerkschaftsheim stattgefundene Tabakarbeiter-Versammlung hat davon Kenntnis genommen, daß die gesamten Zigarrenfabrikanten von Frankenberg beschlossen haben, infolge des angeblich hekerischen Verhaltens des Ortsbeamten Fischer weder schriftlich noch mündlich mit Fischer für die Zukunft zu verhandeln. Da die Angaben im „Frankenberger Tageblatt“ vom 31. Juli vollständig der Wahrheit entsprechen, indem tatsächlich die Firma Lungwitz Nachf. die von Fischer errechnete Lohndifferenz spart, stellt sich die Mitgliedschaft voll auf seinen Angefehlten und spricht dem Kollegen Fischer ihr Vertrauen aus. Die Versammlung ist sich bewußt, daß die Ablehnung weiterer Verhandlungen mit dem Kollegen Fischer durchaus nicht auf sein Verhalten gegenüber den Zigarrenfabrikanten zurückzuführen ist, sondern daß nur die Herren Zigarrenfabrikanten damit ihr Ziel schneller erreichen wollen, einen weiteren Abbau der Löhne vorzunehmen.

Im Schlußwort ging Kollege C l e m e n t nochmals auf die Bedeutung der Organisation, sowie auf die Wichtigkeit der kommenden Reichstagswahl ein und forderte die Mitglieder auf, restlos zur Wahl zu gehen und ihre Stimmen der Sozialdemokratischen Partei zu geben. Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach der Kollege F i s c h e r über die Notverordnung und zergliederte eingehend die Verschlechterungen des Kranken- und Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen W e i ß p f l u g, J e n s c h und S c h u b e r t.

Anmerkung der Redaktion. Ohne im Augenblick auf die Frankengerger Differenzen näher einzugehen, möchten wir doch mit aller Deutlichkeit sagen, daß Zigarrenfabrikanten irgendeines Ortes nicht das Recht haben, Verhandlungen mit einem Angefehlten unseres Verbandes abzulehnen. Bisher hat jede Partei ihre Verhandlungsführer selbst bestimmt und so sollte es auch in Zukunft bleiben, wenn man nicht wieder zu Vorkriegsverhältnissen kommen will.

Anträge zum Hauptvertrag für die Zigarettenbranche

Außer den bereits im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 32 veröffentlichten Anträgen zum Hauptvertrag für die Zigarettenindustrie haben die beteiligten Gewerkschaften (mit dem Hinweis darauf, daß sie zu den vom Reichsarbeitsgeberverband gestellten Anträgen in den mündlichen Verhandlungen Gegenvorschläge unterbreiten werden) noch nachstehende Anträge schriftlich eingereicht:

§ 5 (Ferien)

soll folgende Fassung haben:

1. Ferien werden alljährlich allen im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmern gewährt in der Zeit vom 1. April bis 30. September unter Fortzahlung des vollen Lohnes nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen.

2. Wer am 1. Dezember des vergangenen Kalenderjahres im Arbeitsverhältnis desselben Betriebes stand, erhält 6 Werttage Ferien, falls das Arbeitsverhältnis bis zum 1. April des betreffenden Ferienjahres nicht länger als 6 Wochen unterbrochen worden ist.

3. Wer nach dem 1. Dezember des vergangenen Kalenderjahres und vor dem 1. August des laufenden Jahres eingestellt ist, erhält im ersten Jahre für je 2 volle Beschäftigungsmonate einen Tag Ferien. Diesen Arbeitnehmern sollen die Ferien möglichst im September gewährt werden.

4. Der Ferienanspruch erhöht sich in jedem weiteren Jahre der Beschäftigung bei derselben Firma um je 3 Tage bis zur Höchstdauer von 18 Werttagen.

5. Tritt ein Arbeitnehmer in einem Betriebe, in dem er schon früher beschäftigt war, wieder in Arbeit, so wird ihm seine frühere Arbeitszeit bei Bemessung der Ferien angerechnet, wenn der Austritt seinerzeit infolge Arbeitsmangel oder auf Veranlassung der Firma erfolgte, ohne daß ein Verschulden des Arbeitnehmers vorlag. Der Austritt darf nicht länger als ein Jahr zurückliegen.

6. Beim Stellenwechsel wird den Arbeitnehmern bei der Bemessung der Ferien ihre Branchenzugehörigkeit angerechnet, sofern seit der letzten Beschäftigung in der Zigarettenindustrie nicht mehr als zwei Jahre vergangen sind.

7. Die Berechnung der Lohnvergütung für die Ferienzeit bei Akkord- und Stücklohnbeschäftigten erfolgt nach dem Durchschnittsverdienst der letzten vier Wochen, in denen sie voll beschäftigt waren, wobei inzwischen eingetretene tarifliche Lohnänderungen zu berücksichtigen sind.

8. Wer innerhalb der Ferienperiode den Betrieb wechselt und bereits seine vollen tariflichen Ferien erhalten hatte, kann in dem neuen Betriebe einen Ferienanspruch in dieser Ferienperiode nicht mehr geltend machen.

9. Diejenigen, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September aus einem Betriebe ausscheiden, ohne die ihnen zustehenden Ferien erhalten zu haben, bekommen für die ihnen entgangenen Ferien vollen Lohn in entsprechender Anwendung der vorstehenden Bedingungen.

10. Krankheit, Arbeitsverhinderung auf Grund behördlicher Verordnung oder Aussetzen auf Anordnung des Arbeitgebers unterbrechen die Beschäftigungsdauer nicht.

11. Ferienberechtigte Arbeitnehmer, die infolge Krankheit oder aus sonstigen wichtigen Gründen ihre Ferien nicht während der allgemeinen Ferienzeit (1. April bis 30. September) nehmen können, haben abweichend von Ziffer 1 Anspruch auf Ferien nach Beseitigung des Hinderungsgrundes.

Außerdem soll

§ 6 (Sozialleistungen)

folgende Formänderung erhalten:

Falls ein Arbeitnehmer mehr als 18 Tage krank ist, hat er Anspruch auf den Lohn für 6 Tage. Auf einen weiteren Krankheitsfall, der vor Ablauf von 6 Monaten nach Wiederaufnahme der Arbeit eintritt, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Rein lichter Augenblick

Unter der Ueberschrift „Unsere Parole zur Reichstagswahl“ zitierten wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 38 nachstehenden Satz aus der christlichen „Tabakarbeiter-Zeitung“ vom 8. August dieses Jahres:

Noch nie hat eine politische Partei in Deutschland von der Größe der Sozialdemokratie so verantwortlich am Staate, am Volke und damit auch an der Arbeiterschaft gehandelt, wie die Sozialdemokratie.

Als die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“ dann in ihrer Nummer vom 15. August keine Berichtigung brachte, sahen wir darin eine Bestätigung unserer Annahme, sie habe den zitierten Satz in einem lichten Augenblick geschrieben. Aus diesem Grunde trugen wir auch keine Bedenken, den mit unserer Meinung völlig übereinstimmenden Satz in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ noch einmal zu erwähnen.

Jetzt gebietet uns die Pflicht der Loyalität, unsere Leserinnen und Leser davon zu unterrichten, daß wir uns geirrt haben. Die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“ hat keinen lichten Augenblick gehabt. In ihrer Nummer vom 22. August erklärt sie nämlich, daß es in dem oben wiedergegebenen Satz statt „verantwortlich“, „verantwortungslos“ heißen müsse. Wir nehmen von dieser reichlich verspäteten Richtigstellung Kenntnis und bemerken dazu nur, daß der Druckfehlerteufel die Handlungen der Sozialdemokratie viel objektiver und zutreffender beurteilt hat als die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“.

Bekanntmachungen

Am 30. August ist der 35. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 16. August. Frankfurt a. M. 94.—, Moringen 70.—, Espenhe 250.—, Spradow 200.—, Schöneck 650.—.
 - 18. Braunschwalde 150.—, Würzburg 300.—, Liegnitz 100.—, Schmölln 100.—, Stargard 250.—, Tairnbach 100.—.
 - 19. Hohenheim 500.—, Leipzig 500.—, Nordhausen 500.—, Bielefeld 250.—, Baden-Baden 1000.—.
 - 20. Dresden 600.—, Barntrup 77.50, Gräfenonna 50.—, Breslau 1000.—, Blauen 180.—.
 - 21. Bad Essen 21.—, Eschwege 400.—, Dresden 3000.—, Heidenheim 300.—.
 - 22. Herford 300.—, Oldenburg 76.—.
- Bremen, den 26. August 1930. J. Krohn.

Kolleginnen und Kollegen werbt unermüdtlich für den Verband!

Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlissene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlissene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

LINDCAR
Jetzt auch Nähmaschinen!

LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE

Unternehmen der freien Gewerkschaften

Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen
gegen kleinste Wochenraten, die das Werk „Unsere
Nachbarn“ in die Ortsausschüsse des A. D. G. B.

Gummiwaren

Hygien. Artikel. Preis.
T 2 gratis. „Medicus“
Berlin SW 68, Alte
Jacobstraße 8

Weißer Zähne: Chlorodont

Die Krankenkassen zur Notverordnung

Der 34. deutsche Krankenkassentag fand in Dresden statt. Krankenkassenparlamente in der bisherigen Form sind Massenversammlungen. So waren auch diesmal 2500 Delegierte, Gäste usw. der Einladung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen gefolgt. Die Beratungen dieses Parlaments fielen in eine Zeit, wo die Luft mit Kampfstimmung geschwängert ist; denn die vor einigen Wochen erlassene Notverordnung hat ja auch in die Krankenversicherung mit rauher Hand eingegriffen und Änderungen gebracht, die ungeheuer einschneidend sind. Deshalb mußte der Krankenkassentag zu diesen Problemen Stellung nehmen und seine Meinung zu der vielumstrittenen Reform der Krankenversicherung niederlegen. Es war also eine Kampf-tagung im wahrsten Sinne des Wortes. Der geschäftsführende Vorsitzende Helmut Lehmann mußte nicht nur die Notverordnung kritisch beleuchten, sondern er mußte auch demagogische Angriffe auf seine Person zurückweisen. Daß er hierbei scharfe Worte gebrauchte, ist ohne weiteres verständlich; nicht verständlich ist es aber, daß der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Grieser, den Krankenkassentag demonstrativ verließ. In einem an das Präsidium der Tagung gerichteten Telegramm erklärte Herr Grieser, daß er gezwungen gewesen sei, die Tagung zu verlassen, weil Lehmann in seinen Angriffen gegen den Reichsarbeitsminister den Rahmen überschritten habe.

Angeichts der besonderen Bedeutung der diesjährigen Tagung waren die Behörden und sonstigen Gäste in Dresden stark vertreten. Vertreter hatten u. a. gesandt: das Reichsarbeitsministerium, das Preussische Wohlfahrtsministerium, die Sächsische Regierung, die Hessische Regierung, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, das Internationale Arbeitsamt usw. In seiner Eröffnungsrede wies Stadtrat **M h r e n s** (Berlin) als Vorsitzender des Reichsverbandes auf die außerordentlich schwere Krise hin, in die das deutsche Volk geraten ist. In einer solch schweren Zeit ist die Sozialversicherung von ganz außergewöhnlicher Bedeutung. Unter der Krise leiden am meisten die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung, auf deren Bestand und Weiterentwicklung als Auffangstation für den Stoß der Wirtschaftskrise besonderes Gewicht gelegt werden muß. Die größte Spitzenorganisation der Krankenkassen muß sich deshalb mit der Notverordnung beschäftigen. Notwendig sind aber auch organisatorische Änderungen, die es dem Hauptverband besser als bisher ermöglichen, fruchtbringende Arbeit zu leisten.

Im Verlauf des Kongresses wurden dann auch die Satzungsänderungen in der Weise beschlossen, daß hinfort die alljährlich stattfindende Mitgliederversammlung auf eine Zahl von rund 300 Vertreter verkleinert wird. Daneben soll nach Bedarf ein allgemeiner Krankenkassentag stattfinden, der sich mit den großen Problemen der Gesundheitsfürsorge beschäftigt. Diese Satzungsänderung muß auch von den Gewerkschaften sehr begrüßt werden.

Von den Begrüßungsreden ist die des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. **G r i e s e r**, besonders erwähnenswert. Infolge der Wirtschaftskrise mußte der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 4½ Prozent erhöht werden. Um nun die Gesamtheit der Arbeiter vor Verkürzung des Reallohnes zu schützen, mußten Maßnahmen getroffen werden, die eine Senkung des Beitrages zur Krankenversicherung zur Folge hatten. Hieraus ergeben sich die Zusammenhänge der Notverordnung mit der Arbeitslosenversicherung und der Sanierung der Reichsfinanzen. Die Verordnung soll die Gemeinschaft der Versicherten vor Schäden, die sich aus den natürlichen Regungen des Lebens ergeben, schützen. Dazu bedurfte es einer entschlossenen Tat. An dem Rütlichschwur waren mehrere beteiligt; aber nur einer, Wilhelm Tell, hat die Tat vollbracht. Ministerialdirektor Dr. Grieser hat zum Schluß, an der Durchführung der Verordnung mitzuwirken, wenn auch mancher gegen einzelne Bestimmungen derselben berechnete Einwendungen zu machen habe. Sicher hat der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mit der Verteidigung der Notverordnung eine unangenehme Aufgabe zu erfüllen; aber es ist doch ein starkes Stück, Stegerwald mit dem schweizer Nationalhelden Wilhelm Tell zu vergleichen. Wenn Dr. Grieser glaubte, für seinen Vorgesetzten eine Lanze brechen zu müssen, so hätte er besser getan, auf dieses Beispiel zu verzichten. Die Maßnahmen Stegerwalds werden nicht nur von den freien Gewerkschaften, sondern auch von großen Teilen der christlichen Gewerkschaften entschieden abgelehnt. Doch man muß die Art der Verteidigung dem persönlichen Geschmack der Herren überlassen.

Der Vertreter des ADGB, Dr. **B r o e c k e r** (Dresden) erklärte, daß die Gewerkschaften in ihren Hoffnungen bezüglich der Reform der Krankenversicherung aufs bitterste enttäuscht worden seien. Die Reform der Krankenversicherung ist schneller erfolgt als ermartet wurde. In den Kreisen der Versicherten ist aber die Meinung allgemein, daß die durch die Notverordnung

Fräulein Mutter

Sozialer Roman von Lydia Kuehland

VII.

(Nachdruck verboten.)

Ein sonniger, sonniger Frühlingstag zog herauf und vergoldete die graue nüchterne Erde, die sich erstaunt die Augen rieb und aus tausend schwellenden Knospen zu neuem Leben drängte. Ueber Nacht hatte es noch einmal einen erbitterten Kampf gegeben zwischen dem jungen starken Sonnenverkünder und dem alten griesgrämigen Greis, den nur die Kinder leiden mögen, weil er der Freuden viele in seinem Sacke birgt. Nun war es mit seinem Regiment vorbei. Ein wolkenloser, reingefegter Himmel blaute über Wehrstedt und Rudolf überlegte, ob er den herrlichen Tag benutzen sollte, einmal nach Ramsdorf hinüberzufahren. In den letzten Wochen war er nicht dazu gekommen, so ganz hatte ihn seine Tätigkeit gehindert, außerdem galt es, die Arbeiten der Maurer und Tapezierer zu beaufsichtigen, aber heute konnte er wohl einmal abkommen.

Er stieg die Treppe hinab und weidete sich an dem Bild, das sich ihm bot. Hell schien die Sonne und bestrahlte die Palmen im Vestibül, das satte Rot der Teppiche und das warme Grün der Pflanzen einte sich zu wunderbarer Harmonie — da fiel ein dunkler Schatten in den Raum. Rudolf stand im Hintergrund, dem Licht entgegen, voll von demselben bestrahlt, stolz und schön wie ein Gott — und vorn am Eingang des Portals lebte müde und gebeugt eine schlanke blasse Frauengestalt. Er stützte einen Augenblick. Sofort kam ihm die Erkenntnis, daß ihm die nächsten Minuten den lange gefürchteten Schlag bringen würden.

„Was wünschen Sie“ — kam es unsicher von seinen Lippen. Lore, denn sie war es, trat einige Schritte näher, wankte und griff nach einem der Majolika-Palmenständer, diesen im Fallen mit sich reißend und zerkrümmernd. Die Palme lag mit abgebrochenen Wedeln da, ein dumpfer Erdgeruch entströmte ihrem bauchigen Kübel — Lore lag dazwischen mitten im Grün und der rote Teppich glühte wie ein blutiges Sündenmal.

Eine grelle Dissonanz beschloß den harmonischen Klang, den Rudolf noch vor wenigen Minuten empfunden hatte.

Um Aufsehen bei der Dienerschaft zu vermeiden, bemühte er sich um die Dahingefunkene, die sich bei seinem eisernen Griff widerstandslos erhob. „Rudolf!“ flüsterte sie bebend.

„Komm jetzt,“ sagte er und zog sie in das zu ebener Erde gelegene Eßzimmer. Hart fiel die Tür ins Schloß.

„Rudolf“, bat sie flehend, „hilf mir, laß mich nicht allein jetzt.“ Er sah sie kühl an.

„Was soll die Komödie, liebes Kind? Ich begreife dich nicht, wie kommst du überhaupt dazu, mich aufzusuchen? Fühlst du nicht das Unpassende deines Tuns?“

„Rudolf, ich mußte ja kommen. Ich habe ein Recht auf dich“, sagte sie stockend.

„Darf ich fragen, mit welcher Begründung? Ein Mädchen, das etwas auf sich hält, läuft keinem Manne nach. Das dürftest du auch nicht mit deinem Berufe vereinen.“ Er sagte es kalt und schneidend.

„Rudolf — ich wär auch nicht gekommen — aber — du hast Pflichten gegen mich — gegen — unser Kind.“ — Die letzten Worte gingen in wildem Schluchzen unter.

Aber er verstand sie trotzdem. Jedes Wort war ein Hammer-schlag gegen sein Gewissen. Dennoch verlor er keinen Augenblick

erfolgreich Reform keine Verbesserung, sondern einen gewaltigen Rückschritt bedeutet. Die Gewerkschaften müssen die vorgenommenen Maßnahmen der Regierung rund heraus ablehnen. Hoffentlich tritt bald eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs und politischer Beruhigung ein, damit es allen an der Sozialversicherung tätigen Kräften möglich ist in positiver und sachlicher Form am Ausbau der Einrichtungen der Sozialversicherung tätig zu sein. Dann wird hoffentlich die Möglichkeit gegeben sein, jene fortschrittlichen Gedanken moderner Sozialpolitik vorwärts zu treiben, die der Volkswohlstand im ganzen dienlich sind.

Der Höhepunkt der Tagung wurde erreicht durch das Referat des geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes Helmut Lehmann über „Unser Programm und die Notverordnung“. Folgende Gedankengänge lagen dem Referat zugrunde: Die Weiterentwicklung der Sozialversicherung ist durch die Notverordnung unterbrochen. Dies bedeutet keinen Schritt nach vorwärts, sondern einen solchen nach seitwärts, wenn man nicht gar noch von einem Rückschritt sprechen kann. Die Regierung Brüning hatte Sparmaßnahmen, namentlich auf dem Gebiete der Sozialversicherung, angekündigt. Es wurde versprochen, daß diese nicht von antisozialer Geistes getragen sein sollten. Trotzdem kommt jeder zu der Ueberzeugung, daß die Sparmaßnahmen nicht vom Sozialpolitiker, sondern vom Finanzpolitiker diktiert sind. Dabei steht noch nicht einmal fest, daß die Einsparungen bei den Beiträgen zur Krankenversicherung ausreichend sind, um das Defizit bei der Arbeitslosenversicherung zu decken. Wenn der beschrittene Weg bei den Maßnahmen für die Krankenversicherung weiter verfolgt wird, so dürfte bald das Ende der Krankenversicherung gekommen sein. Aufgabe des Hauptverbandes ist es, auf die Gefahr hinzuweisen, die hier im Anzuge ist. Es ist Aufgabe des Kongresses, auszusprechen, daß die Krankenversicherung für das deutsche Volk eine Lebensnotwendigkeit geworden ist. In der Öffentlichkeit wird sie vielfach als ein mehr oder weniger überflüssiger Luxus der arbeitenden Bevölkerung bezeichnet. Der übermäßigen Inanspruchnahme der Krankenversicherung kann entgegengewirkt werden, ohne daß man die Versicherten schädigt. Die Auswirkungen des Krieges und der Inflation haben die starke Beanspruchung der Krankenkassen im Gefolge gehabt. Die Krankenkassen haben von sich aus bereits geeignete Maßnahmen zur Verhütung unberechtigter Ausnutzung getroffen. Wenn man die Drosselung der Krankenversicherung in dieser Weise fortsetzt, so bedeutet das, daß eine mühsame Aufbauarbeit niedergerissen wird. Die Neuregelung des kassenärztlichen Dienstes kann als einziger Lichtblick bezeichnet werden. Die Gesetzgebung hat die Krankenversicherung verschlechtert. Aufgabe der Kassen ist es, dies wieder gutzumachen. Die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung muß zeigen, daß sie die durch die Verordnung entstehenden Härten auszugleichen in der Lage ist. Redner schloß mit einem Appell an das Volk, sein höchstes Gut, seine Gesundheit, zu heben und zu pflegen.

Seine Fassung. Ein wenig blecherner Klang seine Stimme, als er erwiderte: „Sie irren sich wohl, mein Fräulein! Wie kam ich zu der Ehre?“

Sie starrte ihn an — als wäre ein Vorhang vor ihren Augen zerrissen und hätte ihr erbarmungslos ein häßliches Bild enthüllt — so sah sie ihn vor sich stehen, ihr schwindelte. Aber sie bekämpfte die drohende Schwäche und tonlos kam es von den blaffen Lippen: „Rudolf — — das wagst du mir zu sagen? Du — — mir?“

Ihm wurde unter ihrem geisterhaften Blick unheimlich. „Machen wir der Szene ein Ende. Jedenfalls habe ich keine Lust, eine Mahlzeit auszueffen, die ein anderer eingebrockt hat.“ — In wildem Paroxysmus wollte sie sich auf ihn stürzen, aber schon verließen sie die Kräfte und mit einem leisen Wehruf sank sie zusammen, in wohlthätiger Ohnmacht den Glauben an Glück und Zukunft begrabend.

Rudolf verließ das Zimmer, ohne einen Blick auf sie zu werfen.

Als Lore wieder zu sich kam, und ihre Umgebung erkannte, durchlebte sie im Geiste noch einmal die häßliche Szene. „Ein anderer — ein anderer“, flüsternten die bebenden Lippen unaufhörlich. Ihr Kopf schmerzte, in den Schläfen hämmerte das wilde Blut, wenn sie doch weinen könnte — — aber es gibt einen Schmerz, der so groß und tief und heiß ist, daß die Tränen an der inneren Blut verschmachten müssen und das Antlitz in wildem starren Weh versteinert.

Sie tastete sich nach dem Ausgang; als sie hinaustrat in den lichten Tag, konnte sie nicht begreifen, daß die Sonne noch schien, die Helle tat ihr weh.

In der Aussprache begründete der Gewerkschaftssekretär Schröder (München) im Namen der Versicherten eine Entschlie-ßung, in der die Versicherten entschiedenen Protest erheben gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten, durch die nicht nur völlig ungerechte Verschlechterungen der Leistungen der Krankenversicherung, sondern auch einschneidende Beschränkungen der Selbstverwaltung vorgenommen wurden. „Die Versicherten erwarten, daß der kommende Reichstag diese unsachliche Gesetzgebung wieder beseitigen und an ihre Stelle eine Reform der Krankenversicherung setzen wird, die den Forderungen und den Bedürfnissen der Versicherten gerecht wird.“ In einer Erklärung zur Notverordnung stellten Vorstand und Beirat des Hauptverbandes fest, daß die durch die Verordnung hervorgerufenen Einschränkungen der Krankenversicherung nicht dem Reformprogramm des Hauptverbandes entsprechen. Den Geschäftsbericht gab Geschäftsführer Dkratz.

Der zweite Tag des Kongresses war mit wertvollen wissenschaftlichen Referaten hervorragender medizinischer Fachmänner ausgefüllt. Angenommen wurden am Schluß noch die Leitsätze zu dem nichterstatteten Referat des Geschäftsführers Fritz Wohlmann, die sich mit Arbeitsgemeinschaften der Sozialversicherungsträger beschäftigen. Es wird darin festgestellt, daß die Gemeinschaftsarbeit durch die Drosselung der Einnahmen der Sozialversicherung schwer behindert wird. Der Kongreß wurde mit einer treffenden Schlußrede vom Vorsitzenden Ahrens geschlossen. Der nächste Kongreß findet in Mainz statt.

Ueberzeugung

Ich habe eine Ueberzeugung, und diese Ueberzeugung bebt in mir. Sie bebt in mir in allen Lebensfasern. Ich kann nicht leben, ohne sie frei zu bekennen. Nach ihr zu leben. Sie zu leben. Sie ist mein Stolz. Sie ist meine Kraft. Und nur darum bin ich, weil sie ist.

In meiner Ueberzeugung spüre ich das Leben. Das herrliche Leben des Kampfs und des Siegs. Sie macht mich zum Zwingler des Lebens, zum Schaffer der Zukunft. Ich bin mehr als das Heute, mehr als Spielball des Augenblicks. In meiner Ueberzeugung bin ich: ich.

Ihr Schwächlinge und ihr Weichlinge, die ihr euch schmiegen und biegen laßt, hierhin und dorthin. Die ihr euch anpaßt, so oder so, wie die Gemächlichkeit, die Bequemlichkeit — und der Vorteil es gerade verlangt! Ihr erlebt nichts von euch. Denn es ist nichts in euch. Nur wer eine Ueberzeugung hat und seiner Ueberzeugung lebt, ist Mensch.

Und Ueberzeugung mit Ueberzeugung verbunden! Menschen der Ueberzeugung mit Menschen, die der gleichen Ueberzeugung sind! Solch sittlich-solidarischer Wucht kann nichts widerstehen. Die solidarische Kraft der Kämpfer überwindet alles. Massen, zusammengeschweißt zu einer Ueberzeugung, ertrogen das Größeste.
Dr. Gustav Hoffmann

Rudolf war auf sein Zimmer gegangen, zuvor Merkel Auf- trag gebend, in einer Stunde nach dem Eßzimmer zu gehen, und wenn die junge Dame bis dahin nicht zu sich gekommen war, den Arzt zu holen. Noch war die Stunde nicht um, als Merkel, den die Neugier in der Wartezeit beinahe umgebracht, die Tür öffnete — das Zimmer war leer. Er meldete seinem Herrn die Tatsache und mußte seinen Bericht wiederholen, ehe dieser ihn erfaßte. Aber auch dann blieb er noch im Zweifel, ob er ihn auch wirklich verstanden hatte, sein Herr machte ein zu merkwürdiges Gesicht. — Dahinter steckte etwas. Eben wollte er nach dem Souterrain, um mit der dort beschäftigten Köchin über die Wahrnehmungen zu argumentieren. Inzwischen erscholl der schrille Ton der Zimmerglocke und er beeilte sich, dem Rufe Folge zu leisten. Heute schien ein kritischer Tag erster Ordnung zu sein und da vertrug der junge Herr keinen Spaß. Noch halb auf dem Korridor fragte er daher dienstfertig: „Herr Wallner befehlen?“ „Ist das Fahrzeug in Ordnung?“ lautete die kurze Frage. „Ja wohl, Herr Wallner. — Fahre ich mit?“

„Nein!“
Eilends brachte er Mantel und sonstiges Zubehör und kleidete seinen Herrn an, ihn dabei argwöhnisch, aber unauffällig beobachtend.

„Falls die Dame während meiner Abwesenheit noch einmal kommen sollte, lassen Sie dieselbe warten“, befahl er.

„Welche Dame, Herr Wallner“, fragte Merkel vertraulich, Rudolf befaß sich. Der Diener hatte sie augenscheinlich gar nicht zu Gesicht bekommen. Um so besser.

„Es ist gut“, sagte er und ging hinaus. — Im Vorraum waren die Spuren der Szene schon beseitigt! Wenn nur auch jene — — —

Internationaler Austausch jugendlicher Arbeiter

IAB. In der Zeit nach dem Kriege haben zahlreiche Länder so strenge Einwanderungsvorschriften erlassen, daß auch jugendliche Arbeiter, die sich zum Zwecke der Berufsausbildung in ein anderes Land begeben wollen, keine Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeit erhalten. Ein Aufenthalt im Auslande ist für jeden Beruf von Vorteil und für einige sogar unerlässlich. Dies gilt besonders für die Hotel- und Restaurantangestellten, für Bankangestellte, sowie für manche anderen Angestelltengruppen und gelernte Arbeiter. Zahlreiche internationale Gewerkschaften haben, alter handwerklicher Tradition folgend, für die Angehörigen ihrer Verbände internationale Wanderunterstützungen vorgeesehen. Diese kommen jedoch nicht zur Auswirkung, wenn staatliche Einwanderungsverbote eine Einreise überhaupt unmöglich machen.

Nun hat sich in den letzten Jahren immer mehr der Gedanke durchgesetzt, daß für bestimmte Berufe ein Auslandsaufenthalt zur guten Berufsausbildung dringend notwendig sei; mehrere Staaten haben auch schon Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen, auf Grund derer ein Aufenthalt jugendlicher Arbeiter zum Zwecke der Berufsausbildung in ihren Hoheitsgebieten möglich ist. Die Auswanderungskonferenz in Havanna (1928) und die diplomatische Konferenz über die Behandlung der Ausländer in Paris (1929) haben beide den Abschluß von Verträgen über den Austausch jugendlicher Arbeiter empfohlen. Auch die zahlreichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, insbesondere die der Hotel- und Restaurantangestellten haben sich für diesen Gedanken eingesetzt. Im Oktober 1929 hat dann das Internationale Buchdruckersekretariat an alle angeschlossenen Landesorganisationen ein Rundschreiben gerichtet, in dem diese aufgefordert wurden, sich möglichst bald mit den Arbeitgeberverbänden und den Behörden in Verbindung zu setzen, um sie für den internationalen Austausch jugendlicher Arbeiter zu interessieren.

Für die Landwirtschaft bestehen bereits zahlreiche staatliche Gegenseitigkeitsverträge. So besteht ein solcher Vertrag schon seit 1923 zwischen Dänemark und der Tschechoslowakei. Auf Grund dieses Vertrages haben seit 1924 ungefähr 100 junge Tschechoslowaken und etwa 20 Dänen die Aufenthaltserlaubnis erhalten. Ähnliche Verträge bestehen seit 1925 zwischen Dänemark und Oesterreich, zwischen Oesterreich und der Schweiz und zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich. Ebenso hat Großbritannien mit einer Reihe von Staaten Austauschverträge abgeschlossen. Am wichtigsten sind unter diesen Verträgen diejenigen zwischen Frankreich und Großbritannien und zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich. In dem Vertrag zwischen Frankreich und Großbritannien ist bestimmt, daß 500 junge Arbeiter ein Jahr bzw. 18 Monate in die betreffenden Länder einreisen und dort ein Jahr bleiben können, wenn sie einer bestimmten Berufsgruppe angehören. 1929 wurden auf Grund

dieser Vereinbarung 354 junge französische Arbeiter nach Großbritannien und 174 großbritannische Arbeiter nach Frankreich hereingelassen. Im Vertrag zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich ist dieselbe Höchstzahl und Altersgrenze wie in dem bereits genannten vorgeesehen. Die deutschen Behörden haben das Kontingent für Frankreich so aufgeteilt, daß 200 Angestellte der Hotel- und Nahrungsmittelindustrien, 220 Angestellte oder Techniker und 80 gelernte Arbeiter von Deutschland nach Frankreich einreisen können. Eine interessante Bestimmung des Vertrages ist die, daß der Austausch unabhängig von der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes stattfindet. 1929 wurden 458 deutsche Arbeiter auf Grund dieses Vertrages in Frankreich beschäftigt.

Ueber den Abschluß ähnlicher Verträge finden gegenwärtig zwischen mehreren Staaten Verhandlungen statt. Man muß bei diesen Verträgen unterscheiden, ob es sich nur um den Austausch jugendlicher Arbeiter oder um die Einwanderung ausländischer Arbeiter handelt. Der Auswanderer beabsichtigt, sich im fremden Lande eine neue Lebensmöglichkeit zu schaffen, wodurch er mit den einheimischen Arbeitern in Wettbewerb tritt. Der jugendliche Arbeiter dagegen, der sich zum Zwecke der Berufsausbildung und des Erlernens der fremden Sprache ins Ausland begibt, wird sich dort nur eine bestimmte Zeit aufhalten und zurückreisen, wenn der Zweck seines Aufenthaltes erfüllt ist. Eine Belastung des Arbeitsmarktes wird durch diesen Austausch deswegen nicht erfolgen, weil von jedem Lande gleich viele Arbeiter ein- bzw. ausreisen. Es erscheint jedoch nicht ratsam, den Grundsatz der Gegenseitigkeit soweit einzuengen, daß nur einzelne Arbeiter gegeneinander ausgetauscht werden. Es gibt Staaten, die ein solches Verfahren anwenden, doch haben sich dabei sehr viele Schwierigkeiten in der Praxis ergeben. Es wäre wünschenswert, wenn man die Aufenthaltsfrist nicht streng begrenzte, sondern die Möglichkeit offen ließe, daß der Aufenthalt unter bestimmten Voraussetzungen verlängert werden könnte.

Da die Entscheidung über die Zulassung eines jugendlichen Arbeiters möglichst schnell erfolgen muß, namentlich wenn es sich um Saisonberufe, wie z. B. die Hotelindustrie, handelt, müßte die verwaltungsmäßige Bearbeitung der Bewerbungen möglichst abgekürzt werden. Besonders schwierig ist auch die Regelung der Bezahlung des ausgetauschten Arbeiters. Diese Frage ist in dem Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich so geregelt, daß die Bezahlung immer dem Wert der Dienstleistung entsprechen muß und zu den Tariflöhnen oder ortsüblichen Sätzen erfolgen soll. Eine wesentliche Erleichterung würde auch die Ermäßigung der Fahrkosten bedeuten, die von den beteiligten Verbänden oder vom Staat übernommen werden könnten.

Die Frage des Arbeiteraustausches zum Zwecke der Berufsausbildung ist nicht nur für die jugendlichen Arbeiter selbst, sondern auch für die Arbeitgeber und die Wirtschaft von außerordentlich weittragender Bedeutung. Trotz der Schwierigkeiten der Arbeitsmarktlage in vielen Ländern sollten die großen Vorteile eines solchen Austausches nicht übersehen werden.

In scharfem Tempo fauste das Automobil dahin. Von dem Zauber der Natur schien der Lenker des Gefährtes nichts zu spüren. Ein müder, unzufriedener Zug breitete sich auf seinem Gesicht aus und legte die Spuren vergeudeter Lebenskraft und schlafloser Nächte bloß, die die Maske gesellschaftlichen Zwanges sonst sorglich verdeckte.

Seine Gedanken quälten ihn. — Am Ende war er doch zu schroff gegen die Kleine gewesen und wenn sie sich ein Leid antat, traf ihn die Schuld. Er hatte das gar nicht so gemeint, das mit dem andern — er wollte nur Zeit gewinnen zum Handeln. Ein Eklat sollte, mußte vermieden werden. Wenn sie nur reinen Mund hielt. — Morgen wollte er zu ihr gehen und ihr eine Summe anbieten, die sie in den Stand setzen würde, den Folgen jener flüchtigen Laune ins Auge zu sehen. Eben bog das Gefährt in den Garten des väterlichen Grundstücks ein, leichtfüßig stieg er die Stufen hinauf, von seiner Mutter warm begrüßt. Sie hatte das Knattern des Motors schon gehört und war sofort hingeeilt zum Empfang ihres Lieblinges.

„Du bist ein seltener Gast in diesen Wochen gewesen, Rudolf, ich habe mich um dich geängstigt“, sagte sie zärtlich.

„Eine ganz unnötige Sorge, Mamachen. Arbeit macht das Leben froh“ — „Faulheit stärkt die Glieder“, dachte Triebel, das Hausfaktotum, der in demselben Augenblick mit den Sachen des jungen Herrn, die er dem Wagen entnommen hatte, durch die Vorhalle ging. So oft er seiner ansichtig wurde, ging es ihm wie einem gereizten Truthahn. Er konnte es ihm nicht verzeihen, daß er einst im Uebermut ihm eine Schachtel Naphthalin zu Weihnachten geschenkt hatte zur Konservierung seines Bartes, in dem die Motten bedenklich gehaust hatten, wie er hinzugefügt.

So etwas verzeiht ein alter Mann nicht leicht einem Grün-schnabel, selbst wenn dieser seines Herrn Sohn ist.

Frau Wallner ließ schnell noch ein drittes Bedeck auflegen. Rudolf schenkte sich kurz hintereinander einige Gläser Weißwein ein, die er in durstigen Zügen trank.

„Wie schaut's denn bei euch aus, Mamachen?“

„Wie es nun sein kann. Drüben geht alles seinen Gang weiter. Der arme Kurt — er hat sich da eine rechte Last aufgeladen mit seinen menschenfreundlichen Ideen.“

„Das ist gar keine Frage. Laster riecht. Mein Genre wäre es jedenfalls nicht. Die Hauptsache ist, Mama, daß der Betrieb nicht unter dem Humanitätsduffel leidet, auf keinen Fall darf es so weit kommen“, sagte Rudolf.

„Das tut es nicht, Rudolf, darauf kannst du dich verlassen; wenn ich auch nichts vom Geschäftsgange verstehe, so sehe ich doch, wie emsig Kurt alle Berichte der Beamten prüft und immer auf dem laufenden ist. Ich befürchte nur, daß er der aufreibenden Tätigkeit seines Doppelberufes auf die Dauer nicht gewachsen ist“, klagte Frau Wallner.

„Das ist doch seine Schuld“, lautete die brüske Antwort. „Kein Mensch zwingt ihn zu dem Blödsinn.“

„Blödsinn ist nicht das rechte Wort. Kurt hat durch die Verwirklichung seiner Idee schon vielen geholfen“, gab Frau Wallner zurück.

„Ich helfe auch vielen. Deshalb bleibe ich aber doch in meiner Sphäre und steige nicht in den Abgrund des Lasters hinab“ — er wurde durch den Eintritt seines Bruders unterbrochen. Sie reichten sich die Hand zu flüchtiger Begrüßung.

Arbeitspflicht, ein Mittel zur Heilung des Krisenübel?

Wie stets in Zeiten einer Wirtschaftskrise, werden von verschiedenen Seiten Maßnahmen empfohlen, die, wie die Ratgeber glauben, zu einem Wiederaufleben des Wirtschaftslebens und zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit führen könnten. In Deutschland beschäftigten sich seit einigen Monaten Vertreter bestimmter Gruppen damit, verdeckt oder öffentlich für die Einführung einer sogenannten Arbeitspflicht Propaganda zu treiben. Die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes ließ, nachdem sie dieses Problem durch einen besonderen Ausschuss hatte untersuchen lassen, ihre parlamentarische Vertretung im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Arbeitspflicht einreichen. Auch die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat dem Reichstag einen entsprechenden Antrag unterbreitet. In Unternehmerkreisen wird das Problem lebhaft besprochen.

Bisher kennt außer Rußland — das wir wegen seiner besonderen, so sehr von dem übrigen Europa abweichenden wirtschaftlichen und politischen Struktur hier unberücksichtigt lassen — nur ein einziges Land die Arbeitspflicht, nämlich Bulgarien. In diesem Lande wurde dieses System im Jahre 1920 eingeführt und im Jahre 1921 bedeutend geändert. Die Arbeitspflicht wurde für nötig gehalten, um die von der militärischen Dienstpflicht befreiten Mannschaften organisatorisch zusammenzuhalten und die im Interesse des Landes liegende Arbeit ausführen zu lassen. Eine bedeutende Bestimmung in der Gesetzgebung geht dahin, daß für jeden Dienstpflichtigen die Möglichkeit besteht, sich gegen ein bestimmtes Lösegeld von seinem Dienst freizukaufen.

Die deutschen Unternehmer und andere ideologisch ihnen nahestehende Kreise trachten den Eindruck zu erwecken, als ob das bulgarische System der Nachahmung wert sei. In Bulgarien ist die Arbeiterklasse indessen sehr schlecht auf diese Einrichtung zu sprechen, wie uns seitens der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung mitgeteilt wird. Es bestehen jetzt in diesem Lande vier Arten der Arbeitspflicht: 1. Die regelmäßige Arbeitspflicht, der 45—50 000 junge Leute unterstehen, die ihrer militärischen Dienstpflicht nicht nachgekommen sind (Dauer der Arbeitspflicht acht Monate); 2. die intermittierende Arbeitspflicht für alle Bürger von 20 bis zu 40 Jahren (dieselbe dauert laut gesetzlicher Vorschrift 21 Tage, erstreckt sich aber in der Praxis nur auf 10 Tage); 3. Straßenbaupflicht für sämtliche Staatsangehörige (Dauer fünf Tage) und 4. Militärdienstpflicht für die Dauer von zwei bis drei Jahren.

Diejenigen, die im Militärdienst standen, werden von der Arbeitspflicht befreit, so daß es viele junge Leute gibt, die dem Militärdienst gegenüber dem „Arbeitsdienst“ den Vorzug geben.

Da aus Erwägungen finanzieller Art seitens der Behörde von der Gesamtzahl der Arbeitsdienstpflichtigen immer nur ein kleiner Teil aufgerufen werden kann und der Aufruf häufig unregelmäßig ergeht, ist ein großer Teil der Jugend nicht in der

Lage, sich dauerhafte Arbeit zu verschaffen und sich eine Position zu erringen. Viele Bürger bringen das Opfer der Bezahlung eines Lösegeldes, um ihre Stellung nicht einzubüßen. Die zur Arbeitspflicht einberufenen jugendlichen Arbeiter arbeiten unter äußerst schwierigen und unerträglichen Verhältnissen. Mangel an Nahrung und hinreichender Kleidung ist keine Seltenheit; dies wird von der Behörde zugegeben. Die Behandlung der jugendlichen Arbeiter unterscheidet sich in keiner einzigen Hinsicht von der in der Kaserne; sie werden militärisch gedrillt, während beinahe die gleichen Übungen wie bei den Soldaten gemacht werden. Was die Strafenbaupflicht anbelangt, so ließe sich nach dem Urteil unserer bulgarischen Freunde grundsätzlich etwas zugunsten dieses Systems vorbringen, wenn nicht die zuständige Direktion hier Arbeiten ausführen ließe, bei denen sie mit der Privatindustrie unter für sie vorteilhaften Bedingungen konkurriert, woraus wiederum eine zunehmende Arbeitslosigkeit erwächst. Die Arbeitsdienstpflichtigen sollen ja ihre Arbeit unentgeltlich leisten, während in der Privatindustrie selbstverständlich Lohn vergütet werden muß.

Aus allen diesen Gründen wird die Einführung der Arbeitspflicht, wenn dieselbe auch dem Staat einige Vorteile bietet, als für die Arbeiterklasse sehr nachteilig betrachtet und muß für Deutschland unter allen Umständen abgelehnt werden.

Das spricht für die 44-Stundenwoche!

Wird bei 44stündiger wöchentlicher Arbeitszeit nicht zuwenig produziert, zuwenig Kapital gebildet und zuviel konsumiert? Auf diese und ähnliche Fragen, die durch die Forderung des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Stockholm aktuell geworden sind, antwortete der Gouverneur des Staates Connecticut auf einer Konferenz der Gouverneure der Vereinigten Staaten:

Die Massenproduktion ist zu einem großen Teil an der Arbeitslosigkeit schuld. Statistiken zeigen, daß heutzutage ein einziger Arbeiter soviel produziert wie 32 Arbeiter vor 75 Jahren. Mit anderen Worten: Ein Mann, der heute eine Stunde lang arbeitet, erzeugt so viel, wie vor 75 Jahren ein Arbeiter in 32 Stunden! Unsere Fähigkeit, Güter zu verbrauchen, hat hingegen nicht im gleichen Maße zugenommen!

Das Mißverhältnis wird immer größer! Die sofortige Antwort kann nur lauten: Verkürzung der Arbeitszeit!

Wenn auf der ganzen Welt 4 Stunden pro Tag gearbeitet wird, können alle Bedürfnisse — einfache und anspruchsvolle — befriedigt werden. Darüber hinaus kann noch genug Kapital gebildet und alle Dinge können genossen werden, deren wir uns in der Vergangenheit erfreuten. In dem Maße, wie die Massenproduktion und die Mechanisierung der Industrie fortschreiten, muß die Arbeitszeit weiter verkürzt werden. Wir leben in einem Ubergangsstadium, erst jetzt kann man sagen, daß wir vom Zeitalter der Handarbeit in jenes der Maschinenproduktion übertreten!

„Nun, wie weit bist du denn mit deinem Palais“, scherzte Kurt. „Die Leute erzählen sich ja Wunderdinge von dem Feenpalast.“

„Dabei ist alles denkbar einfach. Man ist hier zu Lande nichts Gutes gewöhnt. Muß denn immer eine Haustür wie die andere aussehen? Aus der alten Klitsche ist nicht viel zu machen, klüger hätte ich getan, das ganze Gebäude niederzureißen und einen vernünftigen modernen Bau an seine Stelle setzen zu lassen. Die Kosten kamen auf eins heraus“, antwortete Rudolf unwirsch.

„Papa fand das Haus prächtig“, warf Frau Wallner ein. „Die schönen tiefen Stuben mit den großen Bogenfenstern, die das Licht in Fülle spenden —“

„Das ist's ja eben, was mir mißfällt“, fiel Rudolf ein. „Ich liebe die Tageshelle nicht in den Räumen, mir ist eine weiche, gedämpfte Beleuchtung lieber.“

„Du verschläfst ja den Tag sowieso“, sagte Kurt.

Er überhörte die Ironie und fuhr fort: „Was nützen mir die Reitzfälle von Stuben, ich will doch nicht darin tanzen. Gemütlich ist es nur in einem kleinen Zimmer, wo ich alles mit einem Blick umfassen kann.“

„Weber den Geschmack läßt sich streiten“, äußerte Frau Wallner.

Das Geplänkel wurde auf die natürlichste Weise unterbrochen, indem Triebel die Suppe servierte.

„Hätte ich nur eine Ahnung gehabt, Rudolf, daß du kommen würdest“, sagte Frau Wallner. „Wir haben schon junges Gemüse in den Treibbeeten, ich weiß, du magst es gern.“ Er erwiderte lachend: „Ich kann selbst damit handeln, Mama. Mein Gärtner versteht seine Sache, das muß man ihm lassen. Aber da kannst du gleich mal wieder sehen, wie solches Pack ist. Spreche ich ihm

da neulich mein Lob aus über die Champignonzucht, bloß so ein paar Worte. Acht Tage später heilt mich der Kerl um Gehaltserhöhung an. Ist das nicht eine Frechheit?“

Frau Wallner wiegte bedächtig, das Haupt, Kurt aber lachte hell auf: „Nimm es mir nicht übel, aber deine Naivität reizt mich zum Lachen. Ich wollte dich mal sehen, wie du dich zu diesem Falle stellen würdest. Der Mann versteht sein Fach, das habe ich gemerkt, als ich drüben kontrollierte. Du selbst sagst es, was noch mehr heißen will. Und nun soll er, der sehr mittelmäßig besoldet wird, daraufhin nicht eine kleine Aufbesserung anstreben? Auf wessen Seite da eigentlich die Frechheit liegt, bedarf wohl keiner Untersuchung.“

„Wenn die Leute wirklich brauchbar sind, muß man sie zu halten suchen, vor allem, wenn sie ehrlich sind. Weißt du noch, wie der alte Häckel drüben bei Frau von Borries den halben Gemüsegarten, überhaupt die Hälfte aller Erträge von dem, was ihm unterstand, verkaufte und den Erlös in seine Tasche steckte?“ erzählte Frau Wallner. „Es wäre doch fatal, wenn du ähnliche Erfahrungen machen müßtest.“

„Und weshalb tat Häckel das, Mutter? Weil Frau von Borries ihm seinen Lohn vorenthielt“, fiel ihr Kurt ins Wort.

„Ich erinnere mich noch sehr gut. Der Kerl hatte die schöne stattliche Palme im Gewächshaus vernachlässigt“, sagte Rudolf in überlegenem Tone.

„Das ist doch kein Grund, ihm den Lohn inne zu behalten. Ob die Palme einging oder nicht — das Leben des alten Häckel ging jedenfalls weiter. Und Leben kostet Geld, zumal wenn Familie da ist. So griff der Alte zur Selbsthilfe“, entschuldigte Kurt.

(Fortsetzung folgt.)